

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Post CH AG

Adressänderungen bitte an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
www.gsoa.ch/adressen

GSoA GSOA-ZITIG NR. 205

MÄRZ 2026

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee GSoA

Wer lügt hier eigentlich?

Die Rüstungslobby fährt eine mediale und rhetorische Offensive, in der sie unserer Kriegsmaterial-Referendums-Kampagne Fake News unterstellt. Unser Motto: Die Bevölkerung soll das letzte Wort haben. SEITE 3

Taschenmunition = Sicherheit?

Soldaten sollen ihre Munition wieder nach Hause nehmen dürfen. Diese Grobfahrlässigkeit wurde plötzlich wieder zum Politikum. Eine Nationalrätin ordnet ein. SEITE 6

Trumps Imperialismus

Der Angriff Trumps auf Venezuela ist völkerrechtswidrig und war vermutlich nur eine Duftnote, wie der neue US-Imperialismus 2026 so richtig einschlagen könnte. SEITE 7

SAVE THE DATES:



Ostermarsch:
6. April 2026

Vollversammlung
10. Mai 2026

ATOMWAFFENVERBOTS- INITIATIVE EINGEREICHT!



**KRIEGSMATERIAL
REFERENDUM**

**Jetzt Kriegsmaterial-Referendum
unterschreiben!**
Unterschriftenbogen liegt bei.

Liebe Leser*innen

Neues Jahr, neues Glück? Politisch eher nicht. Das Jahr hat bekanntlich phänomenal schlecht begonnen. Mit dem völkerrechtswidrigen und imperialistischen Überfall der USA auf Venezuela, den wir auf Seite 7 thematisieren, stellte Donald Trump einmal mehr unter Beweis, dass er von Frieden nichts wissen will. Doch auch die Schweiz bleibt friedenspolitisch unrühmlich. Gut, gibt es immer noch Tausende Menschen, die sich hier widersetzen. Freudig dürfen wir deshalb auf der Titelseite und auf Seite 2 über die Einreichung unserer Atomwaffenverbots-Initiative berichten. Auch das Zivildienst-Referendum (Seite 2) konnte mit der nötigen Anzahl Unterschriften der Bundeskanzlei überreicht werden. Und nicht zuletzt lancierten wir im Januar das Kriegsmaterial-Referendum (Seite 2). Letzteres braucht in diesen Tagen noch alle Unterstützung, weshalb wir einen Grossteil dieser Zitigs-Ausgabe dieser Thematik widmen und auch einen Unterschriftenbogen einkleben, den ihr gerne unterschreiben könnt. Vielen Dank!

Doch auch wenn wir manchmal vor lauter Unterschriftensammeln den Wald kaum noch sehen, versuchen wir in dieser Ausgabe weitere Themen abzudecken. So haken wir nochmals ein beim grossen Thema Sicherheit (Seite 5), das in der Wintersession 2025 im Zusammenhang mit Gewalt an Frauen und Taschenmunition Konjunktur hatte. Hierfür bedient uns Nationalrätin Marionna Schlatter mit ihrer Sicht der Dinge (Seite 6). Und doch kommen wir auf Seite 7 nochmals mit dem Thema Unterschriftensammeln, jedoch mit internationalem Konnex. Unser langjähriges Mitglied Tobia Schnebli schreibt von der Wichtigkeit der Palästina-Initiative.

Nutzt diese Lektüre zur Vorbereitung für ein heisses friedenspolitisches Jahr. Denn mit den beiden Referenden zum KMG und zum Zivildienst warten zwei grosse Abstimmungen auf uns. Und apropos Zivi: Ich meinerseits verabschiede mich für die kommenden Monate in den Zwangs...ähh..Zivildienst und bin gerne ab September wieder für euch da (Seite 8).

Für das Redaktionsteam
Joris Fricker

Impressum

Redaktionsteam: Elia Gerber, Fabio Briante, Jonas Heeb, Mirjam Steiner, Joris Fricker, Josef Lang, Martin Parpan, Noemi Buzzzi, Oger, Pauline Schneider, Ryyân Rehouma, Marionna Schlatter, Malcolm Bohnet, Tobia Schnebli, Andreas Weibel

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Caeyric Frits Hasz, Oskar Hughes | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auflage:** 15'000, viermal jährlich **Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.-/ Nichtverdienende Fr. 50.-** Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- PC-Konto: PC 40-37315-5 **Verlag:** GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00, E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der CreativeCommons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

18 Monate Arbeit, über 136'000 Unterschriften!

Am 23. Dezember haben wir endlich die Atomwaffenverbotsinitiative eingereicht. Dank dem entschlossenen und hartnäckigen Einsatz von Dutzenden Aktivist*innen wurde aus Umfragewerten eine Tatsache: Wir haben gezeigt, dass die Schweizer Bevölkerung Atomwaffen für eine Gefahr hält und wünscht, dass sich die Schweiz an den kollektiven Bestrebungen für ein Verbot beteiligt. PAULINE SCHNEIDER

Über anderthalb Jahre haben die GSoA und andere Allianzorganisationen unzählige Gespräche mit Menschen auf den Strassen und an Veranstaltungen in der ganzen Schweiz ge-

führt. Warum? Damit der Bundesrat der Forderung des Parlaments endlich nachkommt, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten. Diese Waffen sind unverhältnismässig, ihre An-

wendung völkerrechtswidrig und sie verhindern den erfolgreichen Abschluss von Friedensprozessen. Die nukleare Abschreckung ist nichts anderes als eine als Militärtaktik getarnte Verfestigung vom Recht des Stärkeren.

Dank euch gehen wir gut aufgestellt in die Abstimmungskampagne, um den Beitritt der Schweiz zum wichtigsten Abrüstungsvertrag unserer Zeit in der Verfassung zu verankern!

KRIEGSMATERIAL-REFERENDUM

Nächste Herausforderung: 50'000 Unterschriften in 100 Tagen!

Am 7. Januar haben wir mit einer breiten Allianz das Kriegsmaterial-Referendum lanciert. Wie euch sicher schon bekannt ist, hat das Parlament in der Wintersession eine drastische Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes beschlossen. Dieser Entscheid ist ein schwerwiegender Rückschlag und macht die Errungenschaften zunichte, die die Korrektur-Initiative erst vor wenigen Jahren möglich gemacht hat. RAYYÂN REHOUMA

Mit dem neuen Gesetz kann der Bundesrat Ausnahmen zu den strengen Ausschlusskriterien vorsehen, wenn «aussergewöhnliche Umstände» dies rechtfertigen oder wenn «die Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert». Es lässt sich leicht feststellen, dass die Schwammigkeit dieser Begriffe Tür und Tor für Missbrauch aller Art öffnet und dem Bundesrat ermöglicht, Waffen an Länder zu liefern, in denen Bürgerkrieg herrscht, deren Regierungen die Waffen gegen die Zivil-

bevölkerung verwenden könnten oder die die Menschenrechte systematisch und schwerwiegend verletzen.

Ausserdem wäre es möglich, Waffen an die 25 Länder in Anhang 2 (dazu gehören die USA, Argentinien und ein grosser Teil der EU-Länder) zu liefern, selbst wenn sie an bewaffneten internationalen Konflikten beteiligt sind. Angesichts der Kriegslust von Donald Trump & Co. ist dies nicht nur absurd, sondern beängstigend. Dazu kommt die Abschaffung der Nicht-

wiederausfuhr-Erklärungen, wodurch auch der Anschein einer Schweizer Exportkontrolle verloren geht.

Die Lage ist ernst, aber zum Glück bleibt uns noch Zeit, um dieses tödliche Projekt zu stoppen! Ihr könnt das Referendum auf verschiedene Arten unterstützen: Macht eure Freund*innen und Bekannten darauf aufmerksam, lasst sie unterschreiben, macht bei einer Sammelaktion mit, meldet euch für eine Telefonaktion an, spendet an die Kampagne oder helft uns mit der Beglaubigung im Sekretariat in Zürich. Zusammen zeigen wir der Waffenlobby, dass wir es nicht hinnehmen, dass die Schweiz aus Profitgier weltweit Kriege schürt!

ZIVI-REFERENDUM

Unterschriften eingereicht, nun beginnt der Abstimmungskampf

Am 15. Januar versammelten wir uns mit unseren Verbündeten auf der Bundesterrasse. In drei intensiven Monaten sammelte die Allianz gemeinsam über 60'000 Unterschriften. Diese konnten wir in der milden Wintersonne der Bundeskanzlei übergeben. ELIA GERBER

Unter den Anwesenden gab es viele Junge, vor allem Mitglieder der Jungen Grünen, die sich an vorderster Front für dieses Referendum einsetzen. Doch auch ältere Engagierte reihten sich ein, um Kiste für Kiste, gefüllt mit Unterschriften, zum Eingang der Bundeskanzlei zu hieven. Sie können sich noch an die Zeit erinnern, in der es noch keinen Zivildienst gab und die Verweigerung des Militärdienstes aus Gewissensgründen noch unter Strafe stand.

Die vom Parlament verabschiedete Gesetzesänderung bedeutet zwar noch keine erneute Kriminalisierung, doch sie markiert den ersten gezielten Angriff auf die Institution Zivildienst. Hier zeigt sich die altbekannte Salamtaktik: Scheibchenweise werden Rechte abgebaut. Die nächsten Rückschritte sind mit der Wiedereinführung der Gewissensprüfung und der Zusammenlegung mit dem Zivilschutz bereits in der politischen Pipeline.

Mit der Einreichung begann auch gleich der Abstimmungskampf: Noch in diesem Jahr werden wir über die Schwächung des Zivildienstes abstimmen und diese Abstimmung müssen wir

gewinnen. Die sechs Massnahmen der Gesetzesänderung würden zu 40 Prozent weniger Zivildienstleistenden führen – helfende Hände, die dann in Schulen, Spitälern und Altersheimen fehlen. Doch es geht um mehr: Diese Vorlage ist der erste Schritt in Richtung Abschaffung des Zivildienstes. Deshalb sagen wir: «Finger weg vom Zivildienst!»



RÜSTUNGSLOBBY

Bei Kriegsmaterial geht es immer auch um Menschenleben

Aufmerksame Beobachter*innen nahmen Kenntnis: Die Rüstungslobby von Swissmem, über bürgerliche Parlamentarier*innen bis hin zum Rüstungschef machen seit Monaten Stimmung für die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes. Dabei geht vergessen, dass jede exportierte Waffe Menschenleben fordert. JORIS FRICKER

Letzten November stimmte die Schweiz über die Erbschafts-Initiative der JUSO ab. Die Debatte hierzu lief schon 1.5 Jahre vor Abstimmungstermin richtig heiss, gestartet mit einer medialen Dauerkampagne von Superreichen. Dies scheint der neue Duktus: Politische Kampagnen medial vom Damm brechen, bevor überhaupt der parlamentarische Beschluss vorliegt, geschweige denn das Abstimmungsdatum bekannt ist. So geschah dies auch beim Tauziehen rund um die massiven Lockerungen des Kriegsmaterialgesetzes. Kaum hatten die Bürgerlichen mit der SVP einen Pakt geschlossen und die Lockerung im Parlament beschlossen, begann das mediale Vorpreschen. Zuerst der Rüstungschef bei CH Media: *«Ich bin dankbar, dass die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats einen Schritt gemacht und die Absicht geäussert hat, das Kriegsmaterialgesetz entsprechend anzupassen.»* Darauf folgte eine Pres-

sekonferenz der «Allianz Sicherheit» und des «Arbeitgeberverbandes» mit dem Titel «Fertig Fake-News – darum geht's beim KMG wirklich». Für die Strategie der Rüstungslobby bezeichnend ist, dass in der Einladung zu dieser Pressekonferenz Fake News verbreitet wurden.

Es wäre zu wünschen, dass die mediale Debatte an Ausgeglichenheit gewinnt.

Ein paar Zahlen, um auf den Geschmack zu kommen: Im Jahr 2024 exportierte die Schweiz Kriegsmaterial im Wert von 664.7 Millionen Franken. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 stiegen die Kriegsmaterialexporte um 35.82 Prozent, verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Viktor Orbans Ungarn profitierte aussergewöhnlich stark: Gegenüber 2024 stieg der Export aus der Schweiz um sagenhafte 5'070 Prozent an. Zum Abschluss: Ebenfalls im November wurde bekannt, dass die Schweiz in der Länderrangliste der Liefe-

ranten für Elektronikbauteile, die in Putins Drohnen und Raketen stecken, Platz 3 belegt – hinter den USA und China. Daraus lässt sich schliessen, dass die Schweiz schon heute stark von Kriegsmaterialexporten profitiert. Ob indirekt oder direkt. Ob legal oder mit Umgehungsgeschäften. Das alles, weil schlicht die Kontrolle verloren ging.

Nun hat das Parlament in der Wintersession entschieden, das Kriegsmaterialgesetz weitgehend zu lockern. Für 25 Länder «mit ähnlichen Exportregimen wie die Schweiz» – darunter Ungarn, die USA und Argentinien – sollen fast alle Restriktionen fallen. Für diverse weitere Exporte soll der Bundesrat eine Abweichungskompetenz erhalten, mit der die bisher geltenden Regeln umgangen werden können.

Die Wirkung: Die vor wenigen Jahren beschlossenen Hürden, die verhindern sollen, dass Schweizer Kriegsmaterial in Bürgerkriegen landen, werden rückgängig gemacht. Sie erodieren praktisch gänzlich. Waffen sollen mit so wenig Auflagen wie möglich an möglichst viele Parteien und Länder (weiter-)geliefert werden können, nur nicht an die Ukraine. Nachdem am

Anfang der Diskussionen das Ermöglichen von Waffenlieferungen an die völkerrechtswidrig angegriffene Ukraine das Hauptargument war, offenbart sich jetzt, dass dies von Anfang an nur das Feigenblatt für die wahren Absichten der Rüstungslobby war. Die SVP hatte die Nichtberücksichtigung der Ukraine immer zur Grundvoraussetzung gemacht, um die Lockerung zu unterstützen. Wie Werner Salzmann, SVP-Ständerat, an einem Podium im November in Aarau bestätigte: *«Wichtig ist, dass die Ukraine nun draussen ist»*. In anderen Worten: Aus der angeblichen Lex Ukraine wurde mit dem Pakt mit der SVP eine Lex Rüstungsindustrie. Am nötigsten wäre immer noch eine Lex Menschenleben. Denn mit dem meisten exportierten Kriegsmaterial können sehr schnell mehrere Hundert oder sogar Tausend Menschenleben verloren gehen. Das geht allzu oft vergessen.

Trotzen wir der medialen Offensive und rhetorischen Aufrüstung der Rüstungslobby: Unterschreibe jetzt das Kriegsmaterial-Referendum – ein Unterschriftenbogen liegt dieser Zitig bei.

RÜSTUNGSGESCHÄFTE

Das lange Wort, das Sicherheit schafft

Seit die Schweiz Nichtwiederausfuhrerklärungen ernsthaft durchzusetzen begonnen hat, sind keine Schweizer Waffenlieferungen in Bürgerkriegsländern aufgetaucht. Dass die Bürgerlichen einen funktionierenden Mechanismus wieder abschaffen wollen, ist verantwortungslos – und eine Gefahr für die Sicherheit. ANDREAS WEIBEL

In den Jahren zwischen 2006 und 2016 tauchten Schweizer Waffen in diversen Bürgerkriegen in den Händen radikaler Gruppierungen auf: Schweizer Munition und Granatwerfer bei Oppositionsgruppen in Libyen, Schweizer Handgranaten bei islamistischen Rebellen in Syrien, Schweizer Sturmgewehre im Irak und im Jemen. Das Kriegsmaterial wurde ursprünglich von Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestellt und danach weitergeliefert.

Seit etwa 2020 gab es kaum mehr solche Berichte über Schweizer Waffen, die in falsche Hände gelangt waren. Der Grund dafür ist, dass die Schweiz begonnen hat, in heiklen Ländern Kontrollen vor Ort durchzuführen, um zu überprüfen, ob die Auflagen der Nichtwiederausfuhr-Erklärungen eingehalten werden. Diese Verträge stellen seit Jahrzehnten den Kern der Rüstungsexportkontrolle dar, nicht nur in der Schweiz, sondern auch in allen anderen westlichen Staaten. Mit Hilfe dieses In-

struments kann das ursprüngliche Herstellerland die Kontrolle darüber behalten, wohin sein Kriegsmaterial weitergeliefert wird.

Genau diese Nichtwiederausfuhrerklärungen will das bürgerliche Parlament nun de facto abschaffen. Falls die Gesetzesänderung durchkommen sollte, ist schon jetzt absehbar, dass Schweizer Kriegsmaterial sehr schnell wieder in Bürgerkriegsländern auftauchen wird: Sei es im Sudan, im Jemen oder in Libyen. Alles, was es dafür braucht, ist ein Zwischenhändler oder eine Zweigniederlassung in den USA, Grossbritannien oder auch in Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Nichtwiederausfuhr-Erklärungen werden für sämtliche Kriegsmaterial-Lieferungen aufgeho-

ben, nicht nur für die sogenannten Anhang-2-Staaten, wie oft fälschlicherweise berichtet wird.

Falls diese Änderung tatsächlich angenommen würde, gäbe die Schweiz damit schon wenige Jahre nach seiner Einführung ein Instrument auf, das sich als wirksam erwiesen hat. Der Begriff Nichtwiederausfuhr-Erklärungen ist lang und ungenau. Aber wir müssen im Abstimmungskampf dafür sorgen, dass den Stimmbürger:innen bewusst ist, welche Risiken die Schweiz eingehen würde, wenn sie dieses Werkzeug aufgibt.

Das Netzwerk der Schweizer Rüstungsindustrie

Steht die Schweiz vor einem Konflikt zwischen Neutralitätsideal und Exportinteressen? Die jüngste Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes zeigt: Im Bundeshaus wirken gut organisierte Lobbynetzwerke, die politische und moralische Hürden für Waffenexporte abbauen sollen. FABIAN STRÄSSLE, Lobbywatch

Das Parlament hat die strengen Exportregeln für Kriegsmaterial gelockert. Künftig dürfen Schweizer Waffen auch an westliche Staaten geliefert werden, selbst wenn diese in einen bewaffneten Konflikt verwickelt sind. Die bürgerliche Parlamentsmehrheit nennt den Entscheid "sicherheitspolitischen Pragmatismus". Aus Sicht der Gegnerschaft entsteht eine Lex Rüstungsindustrie, die Neutralität in Frage stellt und mit der humanitären Tradition des Landes bricht. Wer das Feld der Rüstungsindustrie genauer betrachtet, erkennt ein verzweigtes Netzwerk.

Der ganze Text ist online und unter folgendem Link oder dem nebenstehenden QR-Code lesbar: <https://gsoa.ch/das-netzwerk-der-schweizer-ruestungsindustrie/>



SICHERHEITSPOLITIK

Vermeintliche Sicherheit

Menschen haben ein tiefes Grundbedürfnis nach Sicherheit. Sicher vor Gefahren, die unser Leben negativ beeinflussen oder im schlimmsten Fall gar auslöschen könnten. Dieses Grundbedürfnis gilt es zu befriedigen. Die entscheidende Frage ist, wie wir dies am besten tun. MARTIN PAPAN

Im Privatleben versichern wir uns gegen gewisse Gefahren. Das Mittel dazu ist relativ einfach: Wir schliessen eine Versicherungspolice ab, bezahlen Prämien und profitieren, falls ein Schaden eintritt. Diebstahl, Feuer, Wasserschäden, Glasschäden sind einige Beispiele, die wir versichern können.

Der Mechanismus von «Geld geben» und dafür im Bedarfsfall «Gegenleistung erhalten» wird von Rüstungsbefürworter*innen auch auf die aktuellen Bedrohungslagen angewendet. Anstelle der Versicherungspolice tritt in der Logik der Rüstungsbefürworter*innen Kriegsgewalt. Panzer, Granaten, Kampfflieger, eine «wehrhafte» Armee sollen uns das störende Gefühl der Unsicherheit abnehmen – Sicherheit geben. Beim Abschluss einer privaten Versicherungspolice lassen wir uns beraten oder informieren uns selbst, was wir bis zu welchem Betrag versichern wollen. Wenn es um die Sicherheit unseres Landes geht, tritt das VBS in die Beraterrolle. Sekundiert von der Rüstungslobby treten die Vertreter des VBS als Experten auf und klären uns darüber auf, was wir brauchen, um «sicher» zu sein. Aktuell scheint es nur noch eine Antwort zu geben: Rüstungsgüter, und zwar möglichst viele davon! Um die Notwen-

digkeit zu verargumentieren, werden Begriffe wie «Kriegstauglichkeit», «Durchhaltefähigkeit», «Wehrfähigkeit», «Robustheit» bemüht.

EIN THEATER IST KEINE EXPERTISE

Aber wann haben wir eigentlich «genug» Waffen, um sicher zu sein? Gegen welches Gefahrenereignis rüsten wir auf? Ist es ein Überfall von Putin auf Europa? Auch auf die Schweiz? Geht es um Drohnenangriffe? Cyberattacken? Würden Städte angegriffen? Staudämme? Kernkraftwerke? Würden Atomwaffen eingesetzt? Würde die NATO in einen Krieg eingreifen? In welcher Stimmung wäre Trump gerade? Wie lange würde der Krieg dauern: 3 Tage? 3 Monate? 3 Jahre? Aus diesen Fragen wird vor allem eines klar: Es ist absolut unmöglich einzuschätzen, gegen welches Ereignis uns die Rüstungsgüter schützen sollten, geschweige denn mit welchen Waffentypen und mit wie vielen davon. Weshalb ist, um es am Beispiel der Kampfflieger zu nennen, genau 36 die richtige Zahl für die Schweiz? Klar, 36 tönt gut. Genau, präzise, durchdacht, berechnet. Das muss doch stimmen! Eine präzise Antwort vorzugaukeln auf eine Situation mit unzähligen Variablen hat allerdings nichts mit Expertise

zu tun – es ist mehr ein «Theater». Tatsache ist, und dies mag frustrierend sein, dass wir den Gefahren ein Stück weit ausgeliefert sind. Das hat nicht mit Fatalismus zu tun, sondern mit Realpolitik. Menschen, die über viel Macht, Waffen, imperialistisches Gedankengut und Aggressionspotenzial verfügen, sind gefährlich. Gute Politik wäre, sie gar nicht erst mächtig werden zu lassen.

ES WIRD EIN GEFÜHL VERKAUFT

Wer so tut, als würde er im Sinne der Schweiz, im Sinne von uns allen handeln, indem er sich für die weitere Aufrüstung des Landes einsetzt, der tut vor allem eines: Er versucht uns ein Gefühl zu verkaufen – ein Gefühl von Sicherheit und Berechenbarkeit. Damit nicht genug: Diese Politik schöpft Mittel von anderen Bereichen ab, die das Leben von uns und anderen Menschen ganz real bedrohen bzw. beeinträchtigen. Weniger Mittel zur Bekämpfung der Klimakrise, sparen bei der Entwicklungshilfe, bei den Sozialwerken, bei medizinischen Leistungen, im Bildungswesen, bei der Meinungsvielfalt und letztlich bei unseren Kindern werden nicht nur in Kauf genommen, sondern mit einer erschreckenden Gleichgültigkeit «beschlossen». Und dies immer unter dem Deckmantel der «Sicherheit».

Fazit: Aktuell wird in der Schweiz und um uns herum das Bedürfnis nach Sicherheit gerade mit «Rüstungsgütern» zugepflastert. Es ist unsere Aufgabe als Zivilgesellschaft, dieses lebensfeindliche Konzept zu bekämpfen. Es geht um unsere Sicherheit.

GASTBEITRAG

Die Verantwortung der Schweiz und des Parlaments angesichts der Lage im Sudan

Der Krieg im Sudan, in dem seit April 2023 die sudanesischen Streitkräfte (SAF) von Abdel Fattah al-Burhan und die Rapid Support Forces (RSF) von Mohammed Hamdan Daglo («Hemedti») gegeneinander kämpfen, ist laut UNO zur schlimmsten humanitären Krise weltweit geworden. In etwas über zwei Jahren haben die Kampfhandlungen zu 150'000 Toten, 14 Millionen Vertriebenen und einer Hungersnot in zehn Regionen geführt. Die Einnahme von El Fasher im Oktober 2025, die laut der Universität Yale mit Hunderten von Vergewaltigungen und fast 60'000 Toten einherging, rückte den Konflikt, der bisher international meist vergessen oder ignoriert wurde, wieder in den Vordergrund.

MALCOLM BOHNET, Junge Grüne und parlamentarischer Mitarbeiter

Es ist aber nicht nur der Macht- und Ressourcenhungers der beiden Generäle, der den Konflikt anheizt, sondern vor allem die unaufhörliche Versorgung mit Waffen und die logistische Unterstützung durch externe Akteure. Es wird vermutet, dass Ägypten, die Türkei, der Iran, Russland (das beide Seiten gegeneinander ausspielt) und Eritrea die SAF unterstützen. Die RSF hingegen erhalten massgebliche Unterstützung von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), die sie über den Tschad, den Südsudan, Libyen, die Zentralafrikanische Republik und Somalia mit schweren Waffen versorgen, wie Berichte der Vereinten Nationen bestätigen.

Dieser Konflikt hat also wesentliche globale Auswirkungen, wobei die Kette der gegenseitigen Abhängigkeiten so komplex ist, dass die

Akteure, die die Konfliktparteien unterstützen, eine erhebliche Mitverantwortung für die Gräueltaten tragen. Daher kommt auch der Frage nach der Positionierung der Schweiz und ihrer Unterstützung für die VAE eine grosse Bedeutung zu. Nach Angaben des SECO exportierte die Schweiz im Jahr 2025 Waffen im Wert von 2.5 Millionen Franken an die VAE (5 Millionen im Jahr 2024). Gleichzeitig importierte die Schweiz laut Swissaid zwischen Januar und September 2025 Gold aus den VAE im Wert von 27 Milliarden Franken, wobei ein Teil davon im Sudan oder Transitländern wie Libyen und dem Tschad abgebaut wird, was den Konflikt indirekt finanzieren könnte. Es besteht ebenfalls das Risiko einer Wiederausfuhr von Schweizer Waffen in den Sudan. Ein weiterer Teil des Goldes aus den VAE kommt aus Ländern, die

an weiteren Kriegen (unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo und in der Ukraine) beteiligt sind oder diese fördern.

In den letzten Jahren haben linke Parlamentarier*innen verschiedene Vorstösse eingereicht, um die humanitäre, sicherheitspolitische und politische Lage im Sudan sowie die Position der Schweiz in diesem Konflikt ans Licht zu bringen. In der Wintersession 2025 ging es dann Schlag auf Schlag. Dem Bundesrat wurden fast ein Dutzend Fragen zum Goldhandel und zu den Risiken von indirekten Waffenlieferungen in sudanesischen Konfliktgebieten gestellt. Sowohl die Grünen als auch die SP reichten umfangreichere Vorstösse ein:

- Eine Interpellation von Clarence Chollet (25.4850): Fordert eine klare Stellungnahme zu den Berichten der Wiederausfuhr von Waffen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten in den Sudan und Garantien in Bezug auf Güter mit doppeltem Verwendungszweck.
- Ein Postulat von Jean Tschopp (25.4786): Fordert eine verstärkte Kontrolle von importiertem Gold, um zu verhindern, dass es zur Finanzierung von Konflikten verwendet wird.

- Eine Motion von Claudia Friedl (25.4446): Fordert die strikte Umsetzung der UN-Sanktionen gegen den Sudan und die Einstellung der Waffenexporte in die VAE.

Hoffen wir nun, dass diese verschiedenen parlamentarischen Instrumente den Bundesrat aus seiner Lethargie wachrütteln werden.

Die Fragen der indirekten Verstrickung der Schweiz in bewaffnete Konflikte und der Unterstützung von Regimes, die durch ihre Waffenexporte oder ihren Handel Menschenrechte verletzen, stehen heute mehr denn je zuvorderst auf der politischen Agenda.

Vor dem Hintergrund der Revision des Kriegsmaterialexportgesetzes mit dem Ziel, dem Bundesrat in diesem Bereich weitreichende Befugnisse zu übertragen, wird die Ernsthaftigkeit des Bundesrates in seinen Antworten auf die von den Linken eingereichten Vorlagen zum Konflikt im Sudan entscheidend sein. Daran wird sich zeigen, wie viel Bedeutung er dem Völkerrecht noch beimisst und ob er gedenkt, sich dem neuen internationalen Trend hin zum Recht des Stärkeren anzuschliessen und angesichts der tödlichen Geschäfte beide Augen skrupellos zudrückt.

SCHWEIZ

EINORDNUNG

Bewegung bei der Dienstpflicht

Die Armee hat zu wenig Leute und der Zivildienst ist schuld daran. Dieser Irrglaube frisst sich hartnäckig durch die Schweizer Politik und beginnt langsam aber sicher, die Dienstpflicht zu prägen – ein klassischer Ausdruck der fortschreitenden Militarisierung.

JONAS HEEB

Beginnen wir mit dem Erfreulichen: Die Initiative für einen Service Citoyen wurde am 30. November 2025 mit wuchtigen 84% abgelehnt. Damit ist diese Idee eines Zwangsdienstes für alle Schweizer Bürger*innen erstmal vom Tisch. Die GSoA engagierte sich gegen die Initiative, die ein Bild zeichnete, in dem alle wählen können, welchen Dienst sie wann leisten und sich alle nach ihren Stärken einbringen können. Der Initiativtext sagte darüber jedoch nichts aus, ausser dass die Bestände von Armee und Zivildienst gesichert sein müssten. Die Initiative hätte massives Lohndumping, eine organisatorische Herkulesaufgabe und einen potenziellen Verstoß gegen den UNO-Menschenrechtspakt zur Folge gehabt. Glücklicherweise vermochte auch das deplatzierte Gleichstellungsargument die Bevölkerung nicht zu täuschen.

Ebenso erfreulich war die erfolgreiche Unterschriftensammlung für das Zivildienst-Referendum, die insbesondere gegen das Jahresende hin noch auf der Kippe stand (siehe S. 2). Wir erinnern uns: National- und Ständerat beschloss verschiedene formale und verfahrenstechnische Massnahmen, um den Zivildienst gegenüber dem Militärdienst noch unattraktiver zu machen. Weil die Armee trotz nach wie vor vorhandenem illegalen Überbestand aus vollem Hals über Personalprobleme klagte, lenkte das Parlament ein. Dasselbe Parlament, das noch 2020 eine praktisch identische Vorlage ablehnte. Es ist richtig und wichtig, dass diese Vorlage vors Volk kommt. Denn so erfreulich das ist, es darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass der Wert des Zivildienstes mit einem massiven Militarisierungsdiskurs kleingemacht wird und stark unter Druck steht. Er wird als Sündenbock für die Probleme der Armee hingestellt. Anstatt sich die Armee über ihre eigenen, zahlreichen reformbedürftigen Verhältnisse Ge-

danken macht, wird kurzerhand dem Zivildienst ein Bein abgehakt. So überwies der Nationalrat im Sommer ein Postulat, welches die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für den Wechsel in den Zivildienst forderte, sprich das Einsetzen einer Kommission, die das Gewissen jeder Person prüft, die in den Zivildienst wechseln möchte. Man stelle sich die Kosten und den bürokratischen Aufwand dieser Forderung vor.

Seit die bürgerliche Militarisierungspolitik ihr Potenzial durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine wiederentdeckt hat, ist das Thema Dienstpflicht plötzlich wieder omnipräsent. Nicht nur Vereine wie der Service Citoyen wollen das System umkrempeln, auch der Bundesrat selbst ist seit längerem daran. Ginge es nach dem Parlament, würde ein «neues» Dienstpflichtsystem weiterhin nur Männer verpflichten, jedoch Zivildienst und Zivildienst zusammenlegen, was das faktische Ende des Zivildienstes in seiner heutigen Form bedeuten würde. Der Bundesrat wartet aktuell noch weitere Berichte ab, macht in anderen Angelegenheiten aber moderat vorwärts. So wurde im November 2025 eine Vorlage in die Vernehmlassung gegeben, nach der auch Frauen für den Orientierungstag aufgeboden werden

und diesen obligatorisch besuchen müssen. Dies klingt nach einem sehr kleinen Schritt – ist es isoliert auch – er offenbart aber die Stossrichtung und Absicht: Mehr Zwang für alle. Unter dem Deckmantel der Gleichstellung wird der Kreis für den Orientierungstag, der ein sehr einseitiges Bild zugunsten der Armee abbildet, auf alle Schweizer*innen erweitert. Es handelt sich um die altbekannte Salamtaktik: Schritt für Schritt zu mehr Militarisierung. Die GSoA wird den Anfängen wehren und sich gegen diese schleichende Ausweitung des Zwangsdienstes einsetzen.

Wir befinden uns leider weiterhin in einer Zeit, in der sich Armeegläubige nahezu alles erlauben können. Es ist wieder salonfähig, eine geistige Landesverteidigung zu fordern und Leute zu verunglimpfen, die sich gegen eine militarisierte Gesellschaft wehren. Dies bestätigt sich auch bei einem Blick über die Landesgrenzen, wo beispielsweise Deutschland schrittweise zur Wehrpflicht zurückgeht. Es ist eine gefährliche Dynamik, wenn Sicherheit zunehmend nur militärisch verstanden, Engagement im Sozial-, Gesundheits- oder Umweltbereich als schwach und verweichlicht bezeichnet wird und der Armee Unsummen an Steuergeldern hinterhergeworfen werden.

SCHUSSWAFFEN UND FEMIZIDE

Was die Schweiz über Waffen nicht wissen will

Neutral und bewaffnet: Die Schweiz gehört mit knapp 28 Schusswaffen in Privatbesitz pro 100 Einwohner*innen zu den am stärksten bewaffneten Ländern der Welt. Im Unterschied zur Spitzenreiterin USA ist die Zahl der Schusswaffentoten hierzulande vergleichsweise niedrig, was mit Ausbildung, Sicherheitskultur und Eigenverantwortung erklärt wird. Doch diese niedrige Kriminalitätsrate hat einen blinden Fleck.

MARIONNA SCHLATTER, Nationalrätin GRÜNE

Im internationalen Vergleich werden Schusswaffen in der Schweiz überdurchschnittlich häufig bei Femiziden und Familienmorden eingesetzt. Besonders gefährdet sind Frauen. Häusliche Gewalt ist eine der häufigsten Ursachen schwerster Gewaltverbrechen. Über die Hälfte aller Tötungsdelikte ereignet sich im familiären oder partnerschaftlichen Umfeld, in über 90 Prozent der Fälle sind die Opfer Frauen. Schuss-

waffen sind dabei das häufigste Tatmittel. Auch der Bundesrat sagt: Waffenbesitz ist ein zentraler Risikofaktor bei häuslichen Tötungsdelikten. Eine 2025 veröffentlichte Studie des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann bestätigt dieses Muster eindrücklich: Die Tatpersonen bei häuslichen Schusswaffentötungen sind Männer, mehrheitlich Schweizer über 60 Jahre. Oft erschossen die Männer nach

der Tat auch sich selbst. Gleichzeitig zeigt die Studie gravierende Lücken in der Aufklärung der Taten auf: In vielen Fällen fehlen Angaben zur Herkunft und Legalität der verwendeten Waffen.

Umso absurder ist es, dass parallel politische Vorstösse diskutiert werden, die Munition wieder in die Haushalte bringen wollen. Die Wiedereinführung der Taschenmunition für Soldaten hätte das Risiko weiter erhöht. Zum Glück hat der Ständerat diese Idee seiner Sicherheitspolitischen Kommission in der Wintersession abgelehnt. Mehr Munition in Haushalten ist kein Beitrag zur Sicherheit, sondern eine Gefahr, besonders für Frauen.

Das eigentliche Problem liegt aber tiefer: Die Schweiz verweigert sich systematisch der Transparenz. Es gibt kein nationales Waffenregister, etwas, das in den meisten westlichen Ländern längst Standard ist. Mein entsprechender Vorstoss wurde 2024 im Parlament abgelehnt. Stattdessen werden Waffen kantonal erfasst, uneinheitlich und kaum vergleichbar. Zwar existiert eine gemeinsame Abfrageplattform für die Polizei, doch sie erlaubt keine aktive Auswertung. Deshalb wissen wir bis heute nicht, wie viele Waffen im Umlauf sind (aber wir wissen exakt, wie viele Kühe in Schweizer Ställen stehen: 670'000).

Diese Blindheit setzt sich bei schweren Gewalttaten fort. Je nach Kanton wird unterschiedlich oder gar nicht dokumentiert, ob eine Tatwaffe legal war, woher sie stammte oder ob der Täter bereits wegen Drohungen oder Gewalt bekannt war. Die Waffenlobby reduziert dies gern zu einem technischen Detail. In Wahrheit ist es ein sicherheitspolitisches Versagen: Wer Risiken nicht systematisch erfasst, kann sie nicht verhindern. Ohne Transparenz gibt es keine Prävention – und ohne Prävention keinen Schutz. Leidtragende sind vor allem Frauen.



Marionna Schlatter

US-IMPERIALISMUS

Verteidigen wir das Völkerrecht!

Trumps Donroe-Doktrin wird die USA kaum grösser machen. Aber sie kann das Völkerrecht zerstören. JOSEF LANG

Wenn sich Donald Trump als James Monroe (5. US-Präsident 1817-1825) drapiert, um die Monroe-Doktrin als Donroe-Doktrin wiederzubeleben, erinnert das an einen Hinweis von Karl Marx aus dem Jahre 1852: *«Hegel bemerkte irgendwo, dass alle grossen weltgeschichtlichen Tatsachen und Personen sich sozusagen zweimal ereignen. Er hat vergessen, hinzuzufügen: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce.»*

VON DER MONROE- ZUR DONROE-DOKTRIN

Die Monroe-Doktrin, die 1823 mit «Amerika den Amerikanern» startete, 1848 zur Eroberung der Hälfte des mexikanischen Staatsgebietes führte und später Lateinamerika zum «Hinterhof» machte, war ursprünglich die Strategie eines aufstrebenden Imperiums gegen die absteigende Kolonialmacht Spanien. Die Donroe-Doktrin erscheint als eine Mischung von Be-

freiungsschlag und Verzweiflungsakt des absteigenden «America» gegenüber erstarkenden (Wirtschafts- und Militär-)Mächten wie China, aber auch Indien.

Die beiden Hauptziele der Donroe-Doktrin sind klar: Stärkung der US-Macht und Zerstörung des Völkerrechts. Was die Strategie zu deren Erreichung betrifft, dürfte es bei der Machtfrage mit einer Farce, bei der Rechtsfrage in einer Tragödie enden. Die Entführung des venezolanischen Präsidenten Maduro und dessen Partnerin sagt mehr aus über die Schwäche des venezolanischen Regimes als über die Stärke der USA. Wie isoliert Maduro und seine Partei sind, zeigt sich in der Passivität der Bevölkerung, auch der chavistischen Rest-Basis. Trump, der – mindestens bislang – in Venezuela auf eine Invasion verzichtete, weiss, dass Kolumbien und Mexiko viel schwieriger zu kontrollieren wären. Dasselbe gilt für den Iran. Trotz der

umfassenden und tiefen Krise Kubas dürfte es gefährlicher sein, Havanna zu überfallen.

Dazu kommt, dass die Umsetzung der Donroe-Doktrin in Lateinamerika China mehr nützt als schadet. Nicht einmal rechtsextreme Regime wie Mileis Argentinien wollen oder können auf die wirtschaftliche Kooperation mit der asiatischen Grossmacht verzichten. Ausgerechnet im weitaus grössten Land Lateinamerikas, in Brasilien, versagte die Donroe-Doktrin sowohl beim Zollstreit als auch bei der Bolsonaro-Affäre, bevor sie überhaupt verkündet worden war. Zu einer erheblichen Schwächung der USA würde eine Einverleibung Grönlands führen. Das wäre das Ende der NATO, einer zentralen Errungenschaft des US-Imperialismus. Sie würde einen massiven globalen Prestige-Verlust verursachen. Innenpolitisch dürfte es die USA, auch die MAGA-Bewegung noch stärker spalten.

KOMPLIZEN GEGEN DAS VÖLKERRECHT

Die grösste Gefahr der Donroe-Doktrin ist die Zerstörung des Völkerrechts, weil da die anderen Mächte mitmachen. In den Kriegsherren Putin und Netanyahu hat Trump zwei Traumkomplizen. Der chinesische Imperialis-

mus behauptet, die Bedrohung Taiwans sei keine Völkerrechtsfrage. Und auf die Europäische Union ist, wie die Asylpolitik im Mittelmeer und die passive Komplizenschaft mit dem israelischen Genozid in Gaza zeigen, kein Verlass. Und die Schweiz? Die anerkennt – im Unterschied zu einigen europäischen Staaten – nicht einmal das staatliche Existenzrecht Palästinas!

Die wichtigste Antwort auf die Donroe-Doktrin ist die Verteidigung des Völkerrechts und der dazu gehörenden Menschenrechte. Glaubwürdig kann das nur, wer alle Völker, das palästinensische wie das ukrainische, das grönländische wie das taiwanische als gleichberechtigt betrachtet. Was die Schweiz betrifft, verpflichtet eine universalistisch verstandene Neutralität erst recht zur Verteidigung des Völkerrechts und zur Stärkung der UNO. Dazu gehören der Verzicht auf Rüstungsgeschäfte mit Staaten, die das Völkerrecht missachten und die Menschenrechte systematisch verletzen, sowie der Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag.

Verhindern wir die Tragödie einer Schwächung des Völkerrechts! Möge die Donroe-Doktrin zu einer Farce werden!

EIDGENÖSSISCHE VOLKSINITIATIVE «FÜR DIE ANERKENNUNG DES STAATES PALÄSTINA»

Eine Initiative für das Recht auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes

Während die Zukunft des palästinensischen Volkes ohne dessen Mitwirkung vom «Friedenskomitee» entschieden wird, das im WEF in Davos gegründet und von Donald Trump geleitet wird, kann die Volksinitiative «Für die Anerkennung des Staates Palästina» dazu beitragen, die Politik der Schweiz der einseitigen und beschämenden Unterstützung für Israels Kolonialprojekt, unterstützt von Trump und Netanjahu, zu ändern. TOBIAS SCHNEBLI

78 Jahre nach der Unabhängigkeitserklärung verweigern der Staat Israel und die Vereinigten Staaten von Amerika dem palästinensischen Volk weiterhin das Recht auf Selbstbestimmung. 77 Jahre nach der Anerkennung des Staates Israel lehnen der Bundesrat und die rechte Mehrheit im Parlament die Anerkennung des Staates Palästina immer noch ab.

In einer Welt, in der das Völkerrecht täglich mit Füßen getreten wird und das Recht des Stärkeren durch Kriege und Militarisation durchgesetzt wird, muss die Schweiz im Gegenteil die Achtung der Menschenrechte und die Umsetzung der demokratischen Prinzipien des Rechtsstaats und des Völkerrechts unterstützen. Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung gehört zu diesen Grundrechten. Das Recht auf Selbstbestimmung muss auch für das palästinensische Volk gelten, wie für alle Völker der Welt.

Unter dem Vorwand, auf einen Friedensvertrag zwischen Palästina und Israel zu warten, billigt die Schweiz in der Praxis weiterhin die israelische Politik, die mit allen Mitteln die Schaffung eines palästinensischen Staates verhindert.

Anstatt den Staat Palästina anzuerkennen, wie es seit der Ausrufung des Staates Palästina im Jahr 1988 157 Staaten weltweit getan haben, begünstigt die Blockade der Schweiz in dieser Frage und die Weigerung jeglicher Form von Druck auf Israel die Fortsetzung der Besatzung, der Kolonisierung, der Apartheid und der ethnischen

Säuberung bis hin zum Völkermord der letzten zwei Jahre im Gazastreifen.

Diese Politik ist moralisch unwürdig für die Schweiz und steht im Widerspruch zu den demokratischen Grundsätzen und den universellen Rechten, die die schweizerische Verfassung verteidigen.

Die Anerkennung gleicher Rechte als Grundlage des Friedens. Ein echter Frieden in Palästina/Israel kann nur auf der Grundlage der An-

erkennung und Durchsetzung gleicher Rechte für alle aufgebaut werden. Der verabschiedete «Friedensplan» verweigert dem palästinensischen Volk die grundlegendsten Rechte. Die Weigerung, diese Rechte anzuerkennen und das internationale Recht und die internationale Gerechtigkeit anzuwenden, verhindert jede Lösung für einen gerechten Frieden für alle Völker des Nahen Ostens.

Zwei Staaten? Ein Staat? Die Anerkennung des Staates Palästina ist eine unverzichtbare Voraussetzung für den Aufbau eines gerechten und dauerhaften Friedens. Es kann keine gerechte Verhandlung zwischen einem anerkannten und einem nicht anerkannten Staat geben. Es liegt weder am Schweizer Volk noch an irgendeinem anderen, über die Friedenslösung mit einem oder zwei

Staaten zu entscheiden. Diese Wahl kann nur unter Ausübung des Rechts auf Selbstbestimmung der beiden Völker, durch freie Wahl und auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller betroffenen Völker auf demselben Land erfolgen.

Eine breite öffentliche Debatte im Hinblick auf die Volksabstimmung ist notwendig. Eine weitreichende gesellschaftliche Debatte ist unerlässlich, um die derzeitige einseitige Unterstützung der Schweiz für die kolonialen und imperialistischen Politiken Israels und der Vereinigten Staaten zu ändern. Die rechten Mehrheiten im Schweizer Parlament und im Bundesrat bestehen darauf, die Politiken Israels und der USA zu unterstützen, die das Recht des palästinensischen Volkes auf Freiheit und Selbstbestimmung nicht anerkennen. Eine nationale politische Kampagne mit einer Volksabstimmung, die einige Erfolgsaussichten hat, ist heute das einzige Mittel, um die einseitige und der Neutralität der Schweiz widersprechende Unterstützung zugunsten Israels und der USA zu ändern.

«Stoppt das Leid in Gaza»
Kundgebung vom Samstag, 6. April 2024 in Bern.
(VOLLTOLL / Manuel Lopez)



DIE LETZTE

WELCOME UND TSCHÜSS

Jahreswechsel bedeutete auch Personalwechsel

Kurz vor Weihnachten haben wir unsere Atomwaffenverbots-Initiative eingereicht. Mit dem Ende dieser intensiven Unterschriftensammlung wurde unser Team um zwei Personen kleiner. Und im neuen Jahr müssen wir für ganze sechs Monate auf eine wichtige Stütze im Sekretariat verzichten. Zum Glück haben wir für diese Funktion bereits eine geeignete Stellvertretung gefunden. ELIA GERBER

DANKE UND ALLES GUTE, ANJUSCHKA!

Ein ganzes Jahr lang war Anjuschka ein fester Bestandteil der AVI-Kampagne. Mit vielen kreativen Ideen, einem starken Tatendrang und ihrer motivierenden Art hat sie entscheidend zum Erfolg der Unterschriftensammlung beigetragen. Mit ihr ging ein sehr wertvolles und lieb gewonnenes Mitglied unseres Teams. Anjuschka bleibt aber dem linken Politbetrieb erhalten: Beim Schweizer Mieterinnen- und Mieterverband setzt sie ihre Fähigkeiten bereits für wichtige Anliegen ein. Wir sind uns sicher, dass sie dort vielen weiteren Kampagnen zum Erfolg verhelfen wird. Herzlichen Dank für dein unfassbares Engagement und die bereichernde Zusammenarbeit,

liebe Anjuschka! Für deine zukünftigen Projekte wünschen wir dir alles Gute!

DANKE UND ALLES GUTE, CHARLINE!

Charline ist sehr kurzfristig zu unserem Team gestossen. Im Sommer, als die Situation bei der AVI kritisch aussah, haben wir sie als Teil des Kampagnenteams engagiert. Sie hat während diesen paar Monaten Ausserordentliches geleistet: Hunderte Unterschriften auf der Strasse gesammelt, tausende Unterschriften beglaubigt und zahlreiche Aktivist*innen betreut. Kurz vor Jahresende machte sie sich auf den Weg in ihr Lieblingsland Indien. Dort wird sie die kommende Zeit verbringen. Wir wün-

schen dir wundervolle Erlebnisse, Charline, und danken dir von Herzen für deinen unermüdlichen Einsatz!

ERSATZ WÄHREND ZIVI-EINSATZ

Lange konnte Joris seinen 6-monatigen Zivildienst-Einsatz hinausschieben, aber jetzt im 2026 ist das Jahr gekommen, in dem er diesen leisten muss. Das führt bei der GSoA zu einer riesigen Lücke, die nicht einfach zu füllen ist. Wir sind jedoch überzeugt, mit Mirjam Steiner die richtige Stellvertreterin gefunden zu haben. Seit Anfang Dezember arbeitet die studierte Religionswissenschaftlerin bei uns im Seki Bern. Mit einer vorangegangenen Anstellung bei der Menschenrechtsorganisation humanrights.ch und unterschiedlichen Engagements in sozialen Bewegungen bringt sie einen reichen Erfahrungsschatz mit. Mirjam, wir freuen uns sehr, dass du Teil unseres Teams bist und wir von deinen Fähigkeiten profitieren dürfen!

UPDATE ZUM F-35

Bundesrat verrennt sich immer mehr

JORIS FRICKER

Im Dezember 2025 hat der Bundesrat verkündet, aufgrund der Mehrkosten vorerst weniger F-35 zu beschaffen, um den vom Stimmvolk bewilligten Zahlungsrahmen von 6 Milliarden CHF einzuhalten. Keinen Monat später wird klar: Es kommen weitere 130 Millionen CHF Mehrkosten dazu.

Auch andere Länder beklagen Probleme mit US-amerikanischen Rüstungsbeschaffungen – jüngst Japan, welches US-Rüstungslieferungen im Wert von ca. 6,9 Milliarden USD nicht termingerecht erhielten. Portugal

und Kanada haben die F-35-Beschaffung offiziell abgebrochen.

Noch nie war es sinnvoll, sich sicherheitspolitisch von den USA abhängig zu machen. Spätestens seit mit Trump ein absolut hemmungsloser US-Imperialismus im Weissen Haus Einzug gehalten hat, ist es allerhöchste Zeit, diesen Bestrebungen ein Ende zu setzen.

Die GSoA bleibt dran – Finde mehr Informationen auf unserer Website:

gsoa.ch/kategorie/kampfjets.

GREGOR, das glückliche Gewehr

